

## Eichenberger

## Entschärft die Paketbombe!



Ab morgen diskutiert die nationalrätliche Kommission, ob die Unternehmenssteuer- und die Altersvorsorgereform zu einem Paket verknüpft werden sollen. Zu diesen Reformvorhaben liefern sich Rechts, Mitte und Links seit Jahren Showkämpfe mit wenig Problembezug und verqueren Kompromissen. Rechts brüstet sich eines grossen Sieges beim Volks-Nein zur Altersvorsorgereform vor bald zwei Jahren, und Links brüstet sich eines grossen Sieges beim Volks-Nein zur Unternehmenssteuerreform III. Beides ist Unsinn. Das waren keine Siege von Rechts, Links oder Mitte, sondern Niederlagen des ganzen Parlaments. Beide Vorlagen waren schlicht und einfach schlecht, und das Volk hat es gemerkt.

Traurig ist, dass viele Politiker daraus nichts gelernt haben. Wenn zwei grosse Kompromissvorlagen scheitern, ist es unklug, daraus einen Überkompromiss zu machen. Vielmehr müssten die Probleme ernsthaft angegangen werden.

**Hinsichtlich Altersvorsorge kann ich mich nur wiederholen:** Das Problem ist nicht die Alterung, sondern das starre Rentenalter. Deshalb muss endlich das Rentenalter mit zwei Massnahmen klug flexibilisiert werden: Wer frühzeitig entscheidet, freiwillig länger zu arbeiten und die Rente aufzuschieben, sollte nicht wie im heutigen Modell erst viele Jahre später eine höhere Rente, sondern sofort einen Rabatt auf die Beitrags-

«Der Grund dafür ist, dass manche zu viel abliefern müssen»

sätze erhalten. Zudem müssen die Einkommenssteuern auf Arbeits-einkommen im Rentenalter gesenkt werden. Beides würde ganz ohne Zwang viel Altersarbeit und so höhere Steuereinnahmen bringen, mit denen die Renten gesichert werden könnten.

**Bei der Unternehmenssteuer** ist das Haupt-

problem, dass die vom Parlament anvisierte allgemeine Senkung der Unternehmenssteuern als Ersatz für die in Zukunft verbotenen bisherigen Sondersteuern für viele Kantone untragbar ist. Der Grund dafür ist vor allem, dass manche Kantone zu viel in den Finanzausgleich abliefern müssen. Wichtig: Das sind nicht die reichen Geber-, sondern die armen Nehmerkantone. Der Ausgleich hebt sie finanziell fast auf das Niveau eines durchschnittlich reichen Kantons mit durchschnittlichen Steuersätzen. Wenn nun ein armer Kanton mit unterdurchschnittlichen Steuersätzen dank guter Politik zusätzliche Steuerzahler anzieht, werden ihm die Ausgleichszahlungen um mehr gekürzt, als er selbst zusätzlich einnimmt. Sprich, er hat eine negative Marge auf seinen Steuereinnahmen.

**Eine Unternehmenssteuerreform ohne ernsthafte Anpassung des Finanzausgleichs** macht deshalb wenig Sinn. So etwa sollte Nehmerkantone, die ihre Lage verbessern, die Ausgleichszahlung nicht so schnell wie heute gekürzt werden, sondern erst mit einer Verzögerung von 6 bis 8 Jahren, oder sogar ein Bonus bezahlt werden. Das gäbe ihren Regierungen und Bürgern Anreize, für eine bessere Standortpolitik einzustehen.

**Was aber tun, wenn das Parlament doch für die Paketlösung optiert?** Dann muss das Volk ran. Zuerst ein Referendum gegen das Verliererpaket – und dann drei Volksinitiativen: eine für bessere Unternehmenssteuern, eine für bessere Altersvorsorge und eine für bessere Parlamentarier.

**Prof. Dr. Reiner Eichenberger** ist Ordinarius für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema, Center for Research in Economics, Management and the Arts.

## Die andere Sicht von Peter Schneider



Am Rande der Street Parade in Zürich

Foto: Thomas Egli

## Transparenz ist das beste Mittel gegen Missbrauch

Es ist von den Behörden nicht zu viel verlangt, Auftragsvergaben künftig systematischer auf ihrer gemeinsamen Plattform zu publizieren, findet **Christian Brönnimann**

Bund, Kantone, Gemeinden und andere öffentliche Institutionen sind die grössten Auftraggeber der Schweiz. Für 41 Milliarden Franken kaufen die staatlichen Stellen jedes Jahr bei privaten Firmen ein. Das sind fast 5000 Franken pro Einwohner. Dafür erhalten die Steuerzahler eine Top-Infrastruktur und ein funktionierendes Gemeinwesen.

In aller Regel sind die Einkäufer in den Amtsstuben wohl anständige Menschen, die das Beste aus den Steuerfranken herausholen wollen. Doch es gibt auch die erschreckenden Beispiele, die zeigen, dass das Gemeinwohl leider nicht immer an erster Stelle steht.

**Christian Brönnimann,**  
Redaktor Recherchedesk



Die diversen Korruptionsfälle in der Bundesverwaltung und der Baukartell-Skandal im Bündnerland sind noch in frischer Erinnerung.

Das Privileg, Steuern einzuziehen und über deren Verwendung entscheiden zu können, verpflichtet – zu Rechtschaffenheit und Fairness, aber auch zu Transparenz. Deshalb ist es von den Behörden nicht zu viel verlangt, alle ihre Auftragsvergaben unkompliziert offenzulegen. Die Steuerzahler müssen möglichst lückenlos und einfach nachvollziehen können, wie die Ämter ihr Geld ausgeben. Heute ist das in vielen Kantonen nicht der Fall, wie eine

Auswertung der Universität Bern eindrücklich zeigt.

Die Versäumnisse sind dann besonders ärgerlich, wenn die Ämter damit auch noch die geltende Gesetzgebung verletzen. Die Publikation von Auftragsvergaben als blosser Formalität abzutun, wie im Wallis geschehen, ist spätestens dann eine Frechheit. Vielmehr ist es eine einfache und günstige Art, Vertrauen zu schaffen und Missbrauch zu verhindern. Und zwar in besonderem Masse auf kantonaler und kommunaler Ebene. Denn je kleinräumiger die Verhältnisse sind, desto grösser ist die Gefahr von Interessenkonflikten und Vetternwirtschaft. **Schweiz — 4**

## Die Gesundheit der Prostituierten betrifft uns alle

Freier, die auf ungeschütztem Sex bestehen, sind keine Seltenheit. Darum, meint **Fabienne Riklin**, sollte man Sexarbeiterinnen beim Schutz gegen Infektionen unterstützen

Auf 1,5 Milliarden Franken Umsatz wird der hiesige Rotlichtmarkt geschätzt. Das Gewerbe werde immer unberechenbarer, viele Frauen würden nur wenige Tage in einem Sex-Etablissement bleiben und dann in ein anderes Land weiterziehen, sagen Experten.

Wie viele Frauen tatsächlich anschaffen, weiss niemand so genau. Auch ihr Wohlergehen kümmert die Gesellschaft nicht so richtig. Dabei betrifft gerade ihre Gesundheit uns alle. Nicht nur, weil ihr Gesundheitszustand deutlich schlechter ist als beim Durchschnitt der Bevölkerung. HIV-Spezialist Pietro Vernazza und sein Team haben mit einer neuen Untersuchung aufgedeckt,

**Fabienne Riklin,**  
Redaktorin Nachrichten



dass jede fünfte Sexarbeiterin Trägerin einer Geschlechtskrankheit ist – und zwar, ohne dass sie davon weiss. Und unbehandelt sind Tripper, Chlamydien und Syphilis über mehrere Wochen ansteckend.

Zwar sagen viele Prostituierte, dass ungeschützter Sex für sie nicht infrage komme. Die Realität auf dem Strich sieht jedoch anders aus: Oralsex gibt es ohne Kondom. Läuft das Geschäft schlecht, ist auch ungeschützter Sex üblich. Oft haben die Prostituierten nicht einmal eine Wahl. Sie werden von den Männern hintergangen: Jeder vierte Freier streift das Kondom vorzeitig ab. Das haben Ärzte des Unispitals Lausanne herausgefunden.

Und weil die wenigsten Männer gegenüber ihren Partnerinnen offenlegen, dass sie Frauen für Sex kaufen, ist die Ausbreitung der Infektionen kaum kontrollierbar.

Die Folge dieses unverantwortlichen Handelns wirkt sich auf die gesamte Gesellschaft aus. Seit mehreren Jahren nehmen die Fälle von Geschlechtskrankheiten in der gesamten Bevölkerung zu. Auch deshalb ist es höchste Zeit, genau hinzuschauen und zu fragen, wie man die Frauen beim Schutz gegen Infektionen unterstützen kann. Schliesslich achtet man nun auch bei den lange vernachlässigten Bauarbeitern auf den Gesundheits- und Sicherheitsaspekt. **Schweiz — 5**